

Vorlage Nr. IV - S 4/2022-2		
für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Schule.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Antrag auf überplanmäßig anerkannten Bedarf einer Sachbearbeiterin /eines Sachbearbeiters in der Abteilung Personal- und Schüler:innenangelegenheiten

A Problem

Die Anforderungen an die Abteilung Personal- und Schüler:innenangelegenheiten sind in den letzten Jahren qualitativ wie quantitativ stetig gestiegen:

Das Sachgebiet Schüler:innenangelegenheiten hat eine Schüler:innenzahlenprognose aufgebaut, mit der ein jährliches Monitoring der Schülerzahlen sowie eine Neuberechnung der Schulsozialstufen durchgeführt wird (vgl. IV-S 16/2022). Damit können frühzeitig Bedarfe für zusätzliche Schulplätze ermittelt und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Ebenso findet ein Monitoring der sozioökonomischen Entwicklung und der sich daraus ggf. ergebenden Veränderungen der Ressourcenzuweisungen für die Schulen statt. Die steigenden Schüler:innenzahlen von rund 1.000 Schüler:innen in den letzten 5 Jahren und eine erneut steigende Zuwanderung führen auf allen Stellen im Sachgebiet nicht nur zu höheren zu bearbeitenden Fallzahlen, sondern zudem zu einer deutlich gestiegenen Anforderung an die Komplexitätsbewältigung und an das eigenverantwortliche Handeln der zuständigen Sachbearbeiter:innen. Auch durch die besonderen interkulturellen Anforderungen sind die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu bewältigen.

Das Sachgebiet Personalangelegenheiten ist für die Stellenbewirtschaftung (Lehrkräfte) zuständig. Durch die gestiegene Schüler:innenzahlen wächst auch die Anzahl an Lehrkräften. In Zeiten des stark steigenden Lehrkräftemangels kann sich die Stellenbewirtschaftung nicht allein auf die Bearbeitung von standardisierten personalwirtschaftlichen Abläufen beschränken, sondern erfordert eine individuelle und zeitintensive Betrachtung und Rücksprache mit der Einzelschule.

Zusätzlich zu diesen gestiegenen Anforderungen müssen Routineaufgaben bearbeitet werden und es ist eine deutlich gestiegene Anzahl an telefonischen Nachfragen von Schulen und Eltern zu verzeichnen. Dies führt dazu, dass ein unterbrechungsfreies Arbeiten kaum möglich ist und die Arbeitsdichte stark zugenommen hat.

B Lösung

Das Schulamt – Abteilung Personal- und Schüler:innenangelegenheiten - erhält einen überplanmäßig anerkannten Bedarf im Umfang einer Stelle für die dauerhafte Neueinstellung einer Sachbearbeiterin /eines Sachbearbeiters des mittleren Dienstes, die jährlich wiederkehrenden Routinetätigkeiten durchführt sowie als First-Level-Support für telefonische Anfragen agiert. Damit werden die Sachbearbeiter:innen bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten entlastet. Die Einbindung einer solchen Stelle führt dazu, dass höherwertige Aufgaben von den Sachbearbeiter:innen übernommen werden können.

Eine Beschreibung der durchzuführenden Tätigkeiten ist als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für Schule und Kultur spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus und bittet um Anerkennung eines überplanmäßig anerkannten Bedarfs.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die finanziellen Auswirkungen werden im Rahmen der Vorlage für den Personal- und Organisationsausschuss vom Personalamt eingebracht. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Stellenbewertung sind unter Berücksichtigung der Personalthauptkosten jährliche Personalkosten nach EG 8 TVöD/VKA in Höhe von 56.707,08 Euro zu veranschlagen.

Die Maßnahme hat auf alle Erziehungsberechtigten von und auf Schüler:innen, sowie auf ausländische Mitbürger:innen und Menschen mit Behinderung Auswirkungen. Durch die Verstärkung im Schulamt kann den Belangen der Mitbürger:innen besser Rechnung getragen werden.

Die Maßnahmen treffen Frauen und Männer gleichermaßen.

Die Vorlage hat weder klimaschutzzielrelevante noch geschlechtsspezifische Auswirkungen. Besondere Belange des Sports sowie eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung/Abstimmung

Das Personalamt, die Magistratskanzlei und die Stadtkämmerei wurden vom Schulamt beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird durch das Dezernat IV sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur beschließt den überplanmäßig anerkannten Bedarf im Umfang 1,0 VZÄ unbefristet für eine Sachbearbeiterin/ einen Sachbearbeiter im Schulamt – Abteilung Personal – und Schüler:innenangelegenheiten - und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

Frost
Stadtrat

Anlage: Stellenbeschreibung